

Langelütke, J.; Meinhold, H.; v. Golowatscheff, W.

**Article — Digitized Version**

## Droht der deutschen Wirtschaft eine Krise? Drei sachverständige Äußerungen zu einer lebenswichtigen Frage

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Langelütke, J.; Meinhold, H.; v. Golowatscheff, W. (1952) : Droht der deutschen Wirtschaft eine Krise? Drei sachverständige Äußerungen zu einer lebenswichtigen Frage, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 32, Iss. 12, pp. 731-735

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131635>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Droht der deutschen Wirtschaft eine Krise?

Drei sachverständige Äußerungen zu einer lebenswichtigen Frage

Dr. J. Langelütke, Ifo - Institut, München:

## Perspektiven der deutschen Wirtschaftsentwicklung

Mit dem uns heute zur Verfügung stehenden statistischen Instrumentarium lassen sich wirtschaftswissenschaftlich fundierte „Prognosen“ nur in sehr begrenztem Umfange und — soweit überhaupt — dann nur für verhältnismäßig kurzfristige Perioden geben. Die recht fragwürdigen Ergebnisse, die man mit Hilfe sogenannter Wirtschaftsbarometer vor und während der Weltwirtschaftskrise 1929-1933 erzielte, mahnen zur Vorsicht. Zu viele äußere Einflüsse wirken — heute mehr denn je — auf den Wirtschaftsablauf eines Landes ein, als daß es nützlich und sinnvoll wäre, konkrete Konjunkturprognosen anzustellen mit ihrem üblichen Kehrreim: „Unter der Voraussetzung gleichbleibender Umstände“. Die Umweltfaktoren ändern sich immer, weil die Welt nicht still steht und die Wirtschaftspolitiker eine ständige Regsamkeit entfalten, wodurch sie zu entscheidenden Faktoren von Umweltsänderungen werden.

So hängt die wirtschaftliche Entwicklung nicht nur in den USA., sondern von hier ausgehend, ja bestimmend für die ganze westliche Welt und damit auch für Deutschland, von Art, Intensität und Dauer der Rüstungspolitik der USA, und — in ihrem Schlepptau liegend — von der Rüstung der europäischen Industrieländer ab. Hierüber jedoch kann man nur unmaßgebliche Vermutungen anstellen, keinesfalls aber Voraussagen machen. Da somit die Rüstungspolitik bis auf weiteres den Steue-

rungshebel für die Konjunkturentwicklung auf längere Sicht bildet, sind alle Deduktionen, die diese Rüstungswirtschaftlichen Konjunktüreinflüsse auszuklammern versuchen, nichts anderes als funktional-theoretischer Denksport, soweit es sich — wohlgemerkt — um längere Zeiträume handelt, d. h. um Entwicklungsspannen, die über die nächsten Wochen und Monate hinausreichen, während innerhalb kürzerer Zeitabschnitte der stereotype Vorbehalt „gleichbleibender Umweltfaktoren“ noch einigermaßen realistisch und deshalb vertretbar ist.

Diese skeptischen Vorbemerkungen hinsichtlich des Aussagewertes von Prognosen erwecken vielleicht den Anschein einer konjunkturwissenschaftlichen Resignation. Aber in einer Zeit, in der häufig sogenannte Wirtschaftsprognosen geschäftstüchtiger Scharlatane für wissenschaftliche Erkenntnisse ausgegeben werden, dürfte eine Abgrenzung des auf diesem Gebiet vertretbaren Wissens nicht fehl am Platze sein. Anders zu beurteilen ist dagegen eine statistisch und wirtschaftswissenschaftlich fundierte Diagnose, die den jeweiligen Stand im Wirtschaftsablauf anzusprechen versucht. Mit ihr eröffnet sich ein Horizont wahrscheinlicher Entwicklungsmöglichkeiten. Unter Berücksichtigung der jeweils strukturell, konjunkturrell und wirtschaftspolitisch wirksamen Kräfte und Tendenzen lassen sich zwar nicht konkrete Einzelheiten des kommenden Wirtschaftswetters,

wohl aber das zukünftige konjunkturrelle Klima der Wirtschaft ansprechen. Es werden m. a. W. Perspektiven oder Konturen der kommenden Entwicklung erkennbar; die aus ihnen nicht ableitbaren Einzelheiten des Marktgeschehens dagegen werden immer dem Gefühl und dem Instinkt des Unternehmers vorbehalten bleiben. Ein Wissen hierüber gibt es nicht.

Wenn nun in letzter Zeit aus den USA. Stimmen laut werden — wie die des Instituts für internationale Finanzwirtschaft in New York —, die die künftige Wirtschaftsentwicklung Westdeutschlands pessimistisch beurteilen, so projizieren sie Entwicklungsperspektiven ihres eigenen Landes auf ein von ihrem Konjunkturklima abhängiges Land, denn bei der überragenden Bedeutung der USA. wird die dort vorherrschende Konjunktur stets für alle Industrieländer der Welt mehr oder minder bestimmend sein. Die Frage der Konjunkturperspektiven in den USA. zu erörtern, überschreitet den Rahmen dieser kurzen Betrachtung. Dennoch läßt sich so viel mit Sicherheit sagen, daß, solange Kriegsbefürchtungen, die westliche Welt beherrschen, eine aus nicht-rüstungswirtschaftlichen Gründen schwach werdende Konjunktur jederzeit durch Dimensionierung des Rüstungstempos wieder „aufgedreht“ werden kann. Dieses in gewisser Hinsicht „diabolische Sicherheitsventil“ der Konjunktur kommt letztlich auch Deutschland zugute.

Besteht aber nicht die Möglichkeit, daß Westdeutschland aus Gründen, die in seiner Struktur, in

	<b>HAMBURGER KREDITBANK</b>	
AKTIENGESELLSCHAFT		
FRÜHER		
<b>DRESDNER BANK</b>		
HAMBURG 36 · JUNGFERNSTIEG 22		

seiner binnen- und außenwirtschaftlichen Lage begründet sind, das konjunkturelle Weltniveau unterschreitet, etwa weil es die mit Hilfe der ERP-Mittel gewonnene finanzielle Stabilität im Innern und Äußern nicht zu halten vermag und damit in eine aus dem Rahmen der Weltkonjunktorentwicklung fallende, krisenhafte Sonderentwicklung gerät, vielleicht weil der verspätete, aber dafür um so intensivere Wiederaufbau und Nachholebedarf jetzt im wesentlichen bereits gestillt ist?

Werfen wir zunächst einen Blick auf die binnenwirtschaftliche Lage Westdeutschlands, so kann festgestellt werden, daß der Wiederaufbau nach den gewaltigen Kriegszerstörungen, Demontagen und Bedarfseinschränkungen in den Haushaltungen der breiten Massen noch keineswegs abgeschlossen sein dürfte. Wenn man die Entwicklung Deutschlands mit der der anderen großen westlichen Industriestaaten vergleicht, wird man vor allem nicht an dem Faktum vorbeigehen können, daß die Bevölkerung Westdeutschlands durch den Zustrom der mehr als 9 Mill. Vertriebenen relativ in weit stärkerem Maße gestiegen ist als die Bevölkerung der übrigen Welt. Gemessen an seiner jetzigen Bevölkerungszahl hat Westdeutschland noch keineswegs entsprechend „aufgeholt“. Dies wird ganz deutlich, wenn man die Entwicklung der Industrieproduktion je Kopf der Bevölkerung verfolgt. Wählt man etwa das Jahr 1938 zur Vergleichsbasis, so zeigt sich, daß die industrielle Produktion in Westdeutschland im 1. Halbjahr 1952 je Kopf der Bevölkerung nur 93 % erreichte, in den USA. dagegen 200 %, in England 134 % und in

Frankreich 146 %. Trotz aller Rationalisierungs- und Modernisierungsanstrengungen hat die Arbeitsproduktivität in Westdeutschland den Vorkriegsstand noch kaum überschritten, während sich der Zuwachs in der übrigen westlichen Welt auf 20—40 % beläuft.

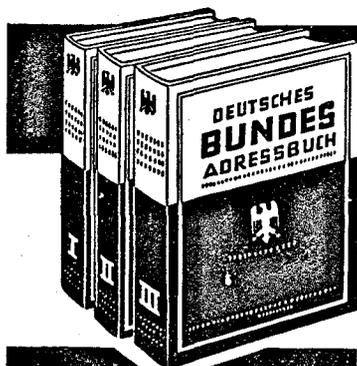
Schon an diesen beiden Beispielen zeigt sich ganz deutlich, daß Westdeutschland noch Jahre des Aufbaus benötigt, um den Lebensstandard der anderen führenden Industrieländer zu erreichen. Charakteristisch für die gegebene Lage ist die Verwendung unseres Sozialproduktes. Beispielsweise fallen auf den privaten Konsum in Deutschland erst 56 % gegenüber 70 % in England. Dementsprechend beträgt die Investitionsrate bei uns 25 %, in England 16 %. Obwohl wir nun schon seit 1948 arbeiten und sparen, werden wir noch sehr lange Zeit verhältnismäßig große Teile unseres Sozialproduktes investieren müssen, bevor wir ein Industriepotential entwickelt und modernisiert haben, das der Größe unserer Bevölkerung entspricht.

Die für einen solchen Aufbau notwendigen Grundstoffe und Energiekapazitäten sind aber noch längst nicht ausreichend vorhanden. Allein für die westdeutsche Verkehrsentwicklung sind nach Ansicht des Bundesverkehrsministers in den kommenden 10 bis 12 Jahren noch mehr als 20 Mrd. DM erforderlich, um Eisenbahn, Kraftverkehr, Schifffahrt und Luftfahrt dem modernen Stand der Technik anzupassen. Die größte Aufgabe ist aber der Bundesrepublik mit der Lösung des Wohnungsproblems gestellt; beläuft sich doch der ungedeckte Bedarf an Wohnungen auf 3—4 Mill. Zu

dieser Aufgabenreserve, die große Investitionsmöglichkeiten bietet, kommen noch die Ansprüche, die der Verteidigungsaufbau erfordert.

Diese kurze Übersicht zeigt, daß es an lohnenden Aufgaben nicht fehlt und daß die Bundesrepublik wahrscheinlich mehr als jedes andere Industrieland über Investitionsreserven verfügt, die eine Expansion der westdeutschen Wirtschaft — von der Bedarfsseite her gesehen — noch auf viele Jahre gewährleisten. Das setzt allerdings voraus, daß durch eiserne Sparsamkeit der Massen und eine alle Kräfte und Kapazitätsreserven jeweils ausnutzende Konjunktur- und Wirtschaftspolitik zum ersten die für das weitere Wachstum notwendigen Kapitaldispositionen verfügbar sind, zum anderen die Exportzunahme den Ankauf der gleichfalls wachsenden Rohstoffimporte ermöglicht.

Was zunächst die Entwicklung der deutschen Ausfuhr anbetrifft, so war Westdeutschland noch bis vor kurzem in der Rückgewinnung früherer Märkte stark behindert, da fehlende Auslandsvertretungen und Stützpunkte, oft noch mangelndes Vertrauen und noch nicht wieder eingespilte frühere Handelsbeziehungen den Wettbewerb auf vielen Märkten erschwerten. Wenn der trotzdem erfreuliche Anstieg der Ausfuhr sich seit Jahresfrist nicht mehr in dem bisherigen Umfange fortsetzte, so dürfte das weniger einer nachlassenden Wettbewerbsfähigkeit zuzuschreiben sein als vielmehr dem im ganzen stagnierenden Weltmarkt. Hält diese Stagnation an oder geht die Weltmarktnachfrage gar zurück, so wird Westdeutschland nur mit Hilfe von



## DEUTSCHES BUNDES-ADRESSBUCH

*Sofort  
lieferbar!*

### der gewerblichen Wirtschaft

Das umfassende Standardwerk für gebietsweise Bearbeitungen im Einkauf, Verkauf und Werbung • Die Adressen jedes Ortes sind nach Branchen gegliedert, die Orte zu Landesabschnitten zusammengefaßt.

DEUTSCHER ADRESSBUCH-VERLAG FÜR WIRTSCHAFT UND VERKEHR GMBH · DARMSTADT

Auslandskapital in der Lage sein, die latenten Investierungsreserven zu mobilisieren.

Was die Kapitalbildung anbetrifft, die trotz vieler Mängel im rationalen Abfluß zu den jeweils dringlichsten Bedarfsstellen im ganzen gesehen erfreulich hoch war, so ist sie weitgehend eine Funktion der Gewinnbildung. Diese aber ist abhängig vom allgemeinen Konjunkturklima, auf das unsere keineswegs autonome Wirtschaftspolitik nur einen sehr begrenzten Einfluß ausüben vermag, da es vom Weltmarkt oder — noch konkreter — letztlich von den USA. bestimmt wird.

Zur Gefahr für den bisher günstigen Entwicklungsablauf kann jedoch — über die ungewissen

Einflüsse vom Weltmarkt her — eine Überbeanspruchung der westdeutschen Wirtschaft durch Verteidigungserfordernisse werden, nämlich dann, wenn hierdurch zu viele Kapazitäten und Arbeitskräfte einer wirklich produktiven Tätigkeit entzogen werden, wodurch der Export infolge erneut auftretender Produktionsengpässe beeinträchtigt und darüber hinaus die innere oder äußere Finanzstabilität gefährdet werden kann.

Gelingt es einer zielbewußten Wirtschafts- und Finanzpolitik, diese Gefahren fernzuhalten, so wird Deutschland bei der Größe seiner vorhandenen Auf- und Ausbaureserven das von der Weltkonjunktur bestimmte Niveau eher über- als unterschreiten.

*Prof. Dr. H. Meinhold, Heidelberg:*

### Die Stabilität des Herbstaufschwunges 1952

Die Breite des wirtschaftlichen Aufschwunges, den wir seit dem Sommer dieses Jahres zu verzeichnen haben und der nicht nur eine Fortsetzung der im letzten Jahre nahezu ununterbrochen günstigen Investitionsgüterkonjunktur ermöglicht, sondern auch den Konsumgüterzweigen der Wirtschaft die in der ersten Jahreshälfte vergeblich erhoffte Belebung bringt, hat den Zweifeln an der Weiterentwicklung des wirtschaftlichen Wiederaufbaues in Westdeutschland zunächst ein Ende gesetzt. Zwar nur kurzfristig, denn eine Steigerung der Konsumentenkäufe ist vorerst nicht eingetroffen, und erst das Weihnachtsgeschäft wird uns darüber belehren, in welchem Umfang sich die Erwartungen von Produktion und Handel erfüllen. Jedenfalls aber ist eine kräftige Belebung der Produktion und die Wiederauffüllung der Läger beim Handel eingetreten. Wir wissen zwar, daß ein „Wirtschaftswunder“ wie in den Jahren 1948/49 und wiederum 1950/51 sich nicht wiederholen kann, da die Zeit der großen Reserven an Kapazitäten, Rationalisierungsmöglichkeiten und sofort einsetzbaren Arbeitskräften vorbei ist und einer regelmäßigeren Ausweitung des Kreislaufs von Produktion, Beschäftigung und Kaufkraft Raum geben muß. Aber gerade wenn wir die letzten Jahre nunmehr vom Zeitpunkt der Herbst-

konjunktur 1952 aus betrachten, scheint sich die Kraft dieser stetigen Ausweitung zu offenbaren, ja selbst die schwächeren Zeiten des Sommers 1951 und des Frühjahrs 1952 scheinen sie zu bestätigen. Man kann jetzt diese Zeiten, wie es schon seinerzeit viele Beobachter taten, als solche der Konsolidierung der überdrehten konjunkturellen Entwicklung des Korea-booms deuten.

Um aber aus der gegenwärtigen Konjunkturlage auf eine vor uns liegende längere oder lange Zeit der Aufwärtsbewegung zu schließen, müssen wir mehr tun als nur einen solchen flüchtigen Blick auf die jüngste Vergangenheit zu werfen. Vor allem ist es notwendig, zwei Fragen zu stellen, die in diesem Zusammenhang entscheidend sind, nämlich: Befinden wir uns nicht auch heute in einer jener langen Wellen der Konjunktur, die wir aus der jüngeren Wirtschaftsgeschichte kennen, und wenn ja: an welchem Punkt einer solchen Welle befinden wir uns jetzt? Und weiter: Ist die neugewonnene Struktur der westdeutschen Wirtschaft nach den wenigen Jahren des schnellen Wiederaufbaus schon so gefestigt, daß sie den Einwirkungen einer heftig schwankenden Weltpolitik gegenüber die Stetigkeit des Aufbaus gewährleisten kann?

Die Frage nach den langen Wellen hat gerade im letzten Jahr

manchen Konjunkturforscher in Westdeutschland — zu verweisen ist insbesondere auf Wissler und Jacobs — bewegt. Tatsächlich ist ja in vielen Punkten eine Parallellität im Vergleich zu den ersten Jahren nach dem vorigen Weltkrieg nicht zu verkennen, insbesondere die Tatsache, daß heute wie damals der große Nachholbedarf, vor allem anderen an Investitionen, zu einer gewaltigen Ausdehnung der Kapazitäten führte, die jedenfalls in der Grundstoff- und Investitionsgüterindustrie der Welt über das hinauszugehen scheinen, was die Investitionstätigkeit einer „normal“ fortschreitenden Wirtschaft benötigt. Schon hört man aus anderen Ländern, vornehmlich aus den für die Weltkonjunkturentwicklung so wichtigen USA., Stimmen, die auf eine Befriedigung des ersten Nachholbedarfs an Bauten, langlebigen Konsumgütern usw. schließen lassen. Liegt es da nicht nahe, an eine Wiederholung der Situation von 1929 zu denken? Und weiter zu vermuten, daß die Schwächezeiten der vergangenen 1 1/2 Jahre erste Anzeichen dafür waren? Auch damals mußte man ja sehr plötzlich aus dem Traum einer ewigen Prosperität erwachen.

Nun, wir haben wohl wenig Anlaß, eine Wiederholung jener Jahre 1929/33 zu fürchten. Diesmal ist — aus anderen als den konjunkturellen Gründen möchten wir sagen leider — die dem Krieg unmittelbar folgende Wiederaufbaukonjunktur der Weltwirtschaft bereits im Jahre 1950, also vor der Möglichkeit ihres stärkeren Abklingens, abgelöst worden durch eine Rüstungskonjunktur, die zwar an Stärke seither verloren hat, aber doch jederzeit zur Auslastung etwa sich konjunkturell auswirkender Überkapazitäten in den Investitionsgüterindustrien dienen kann. Und zum anderen ist die Wirtschaftspolitik, wenn nicht aller, so der konjunkturell führenden Länder inzwischen konjunkturbewußter geworden, so daß sie die gegebenen Möglichkeiten nutzen wird, zwar vielleicht nicht um einen März 1929, jedenfalls aber Jahre wie 1930/33 zu vermeiden. Zwar wird uns die Tatsache, daß eine Hauptstütze solcher Politik die Rüstungswirtschaft sein kann,

menschlich wenig befriedigen. Das Meisterstück der praktischen Konjunkturpolitik, nämlich die endgültige Überleitung der Wiederaufbau- und Nachholphase in eine Phase, in der die Entwicklung ausschließlich durch die steigende Lebenshaltung getragen wird, wird uns durch die Entwicklung der Politik überdies wieder vorenthalten; vielleicht zum Schaden späterer Jahre, in denen es dann gemacht werden muß. Vorläufig aber haben wir diese Tatsachen in Rechnung zu stellen. So ist uns diese Betrachtung der Möglichkeit langer Wellen im Hinblick auf eine Wiederholung der Ereignisse von 1929 von Wert — nicht um uns darauf vorzubereiten, daß jene Zeit noch einmal zu durchleiden sein könnte, sondern vielmehr darauf, daß wir sie zu vermeiden haben. Die Betrachtung braucht also den Optimismus, den man aus der Situation des Herbstes 1952 ableiten könnte, nicht zu trüben, sie kann uns nur zeigen, daß wir auf einem solchen Optimismus nicht einschlafen dürfen.

Wesentlich schwieriger steht es mit der Beantwortung unserer zweiten, auf die erreichte Festigkeit unserer Wirtschaftsstruktur hinzielenden Frage. Unmittelbar nach der Währungsreform standen wir in Westdeutschland in einer Phase, in der jeder Wiederaufbau, an welchem Punkt der wirtschaftlichen Entwicklung er auch vorgenommen wurde, richtig erscheinen konnte. Ob eine Textil- oder eine Maschinenfabrik wieder aufgebaut wurde, ob die Ausfuhr von Werkzeugmaschinen oder Lederwaren wieder in Gang kam, ob eine Wohnung in Schleswig-Holstein oder im Ruhrgebiet neu entstand — richtig schien der Aufbau in jedem Falle zu sein, denn erst einmal mußten wir, die wir uns gegenüber allen anderen Ländern so stark im Rückstand des Wiederaufbaus befanden, wieder auf die Beine kommen. Nach dem ersten Schwung schien es dann im Jahre 1950 so weit zu sein, daß eine — schmerzliche — Phase der Ordnung des Erreichten gekommen war, in der die verschiedenen wiedererrichteten Elemente zu einer neuen Ordnung, einer geschlossenen Wirtschaftsstruktur zusammengefügt werden mußten. War dies

der Fall, so könnte es uns heute als Tragik erscheinen, daß die deutsche Wirtschaft gerade in diesem Zeitpunkt des Wiederaufbaus von der Welle des Koreabooms mitgerissen wurde. Angesichts der Intensität der gegenwärtigen Aufschwungerscheinungen spricht vieles dafür, daß die vergangene Zeit der Schwäche ausgereicht hat, um in der Weltwirtschaft nach den hektischen Bewegungen des Koreabooms eine Konsolidierung zu ermöglichen. Kann das auch für die deutsche Wirtschaft gelten, nachdem seinerzeit ihre Konsolidierungsphase durch den Koreaboom vorzeitig abgebrochen wurde? Die Probleme, vor die uns in den beiden letzten Sommern die offenbar eingetretene Ablösung der „Freßwelle“ und der „Putzwelle“ durch eine „Reisewelle“ gestellt hat, zeigen uns jedenfalls, daß wir vor Überraschungen im Hinblick auf die Entwicklung unserer Nachfragestruktur und ihre Übereinstimmung mit der Struktur unserer Kapazitäten

ten noch keineswegs sicher sind — um nur ein Beispiel unter vielen denkbaren zu erwähnen.

Aber diese Erscheinungen konnten uns doch nicht vor die Tatsache eines wirklichen Rückschlages stellen. Im Ganzen zeigt heute die westdeutsche Wirtschaft wieder so gesunde Züge, daß wir wohl auf eine Stabilität vertrauen dürfen. Und vor allem: Diese zweite Frage mündet ja in die erste ein — sollten sich noch Strukturfehler im einzelnen im Laufe der Entwicklung zeigen, so gibt es für eine konjunkturbewußte Wirtschaftspolitik genug Chancen, sie zu überwinden. Wenn wir also die Aufmerksamkeit nicht verlieren und den Ordnungsprozeß der Wirtschaft andererseits nicht unüberlegt gefährden, dürfen wir wohl auf jene stetige Aufwärtsentwicklung rechnen, die in der nächsten Zeit den Eintritt schwererer Rückschläge unwahrscheinlich macht, Produktion und Kaufkraft vielmehr weiter wachsen läßt.

*Dr. W. v. Golowatschew, Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv*

### Der Einfluß der Auslandsabhängigkeit

Um es vorweg zu sagen: Wäre die Wirtschaft der Bundesrepublik nicht in so hohem Maße auslandsabhängig, so könnte bei einer halbwegs vernünftigen und die konjunkturpolitischen Gesichtspunkte gebührend berücksichtigenden Wirtschaftspolitik von einer ernsthaften Krisengefahr für sie in absehbarer Zeit keine Rede sein. Allein schon das Vorhandensein eines auch heute noch nicht annähernd gedeckten Nachholinvestitionsbedarfes für Wiederaufbau- und Modernisierungszwecke bei einer auf entsprechende Begünstigung der privaten und öffentlichen Investitionspolitik gerichteten Wirtschafts- und Finanzpolitik dürfte noch für längere Zeit automatisch dafür sorgen, daß der Beschäftigungsgrad in den Investitionsgüterindustrien und damit auch in der Gesamtwirtschaft keine Abnahme erfährt und daß bei gleichzeitig zunehmender Produktivität das gesamte Produktions- und Einkommensvolumen weiter steigt.

Man kann sogar sagen, daß gerade in der Bundesrepublik, die als eines der wenigen Industrieländer

bei dringendem Investitionsbedarf noch über nicht unerhebliche Reserven an Arbeitskräften und nicht ausgenutzten technischen Kapazitäten verfügt, gegenwärtig besonders günstige Voraussetzungen für eine weitere Ausdehnung des gesamten Wirtschaftsvolumens gegeben sind. Bei der starken weltwirtschaftlichen Verflochtenheit der westdeutschen Wirtschaft sind aber gerade in der Bundesrepublik die Möglichkeiten für eine von weltwirtschaftlichen Vorgängen unbeeinflusste Wirtschaftsentwicklung und infolgedessen auch für eine tatsächlich autonome Wirtschaftspolitik nur allzu begrenzt. Wie schon die Erfahrung der großen Weltwirtschaftskrise der Jahre 1929—1932 zeigt, vermag sich praktisch kein einzelnes Land den Auswirkungen einer solchen wirtschaftlichen Katastrophe ganz zu entziehen, wie es sich umgekehrt nicht von den Auswirkungen eines internationalen Booms, wie ihn z. B. die ganze Weltwirtschaft im Jahre 1950/51 als Folge der mit dem Korea-Konflikt zusammenhängenden plötzlichen Verschärfung der

weltpolitischen Spannungen erlebt hat, abschließen kann. Eine erfolgreiche aktive Konjunkturpolitik im Sinne der Sicherung der Stetigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung und Krisenverhütung ist also nach bisherigen Erfahrungen nur auf breiter internationaler Basis oder überhaupt nicht möglich.

In der Weltwirtschaft spielen aber heute mehr denn je die USA eine führende Rolle, auf die allein fast die Hälfte des gesamten Produktions- und auch des gesamten Verbrauchsvolumens der freien Welt diesseits des Eisernen Vorhangs entfällt. Alles hängt demnach praktisch von dem wirtschaftlichen Kurs ab, den die neue Regierung Eisenhower einschlagen wird. Wird dieser Kurs den gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Gegebenheiten Rechnung tragen und so eine internationale Koordination der zu treffenden konjunkturpolitischen Maßnahmen herbeiführen, so wird man weder international noch in der Bundesrepublik besonderen Anlaß zu Befürchtungen hin-

sichtlich der weiteren Entwicklung der Wirtschaftskonjunktur haben. Eine solche internationale Koordination wäre besonders für den Fall eines allmählichen Nachlassens des gegenwärtigen Aufrüstungstempos im Sinne der Sicherung eines allmählichen Übergangs von rüstungsbedingten Investitionen und der Rüstungsgüterproduktion auf Investitionen im Zivilbereich der Wirtschaft und Herstellung von Konsumgütern für Zivilbedarf erforderlich. Das wäre sowohl im Rahmen einer freien Marktwirtschaft mit den heute der Wirtschaftspolitik zur Verfügung stehenden marktkonformen Mitteln der Konjunktursteuerung ebenso gut möglich wie im Rahmen einer staatlich gelenkten Wirtschaft mit den dieser Wirtschaftsordnung gemäßen Mitteln der staatlichen Wirtschaftsplanung.

Sollte jedoch eine rechtzeitige Koordinierung der erforderlichen konjunkturpolitischen Maßnahmen verabsäumt werden, so wäre allerdings die Gefahr nicht von der

Hand zu weisen, daß ein etwaiges Nachlassen der Rüstungsanstrengungen vor allem auf dem Gebiete der Investitionen doch zu einer, und sei es auch nur vorübergehenden krisenhaften Schrumpfung des gesamten Produktionsvolumens und damit auch des Beschäftigungsgrades in der ganzen westlichen Welt und damit auch in der Bundesrepublik führen würde.

Ebenso wie auf politischem und militärischem Gebiet, so bedarf die freie Welt auch auf wirtschaftlichem Gebiet sowohl nationaler als auch internationaler Planungs- und Koordinierungsgremien, deren Aufgabe in rechtzeitiger koordinierender Planung, Vorbereitung und Durchführung der im Rahmen der für die freie Welt charakteristischen freien marktwirtschaftlichen Ordnung jeweils erforderlichen wirtschafts- und konjunkturpolitischen Maßnahmen bestände, die der Stetigkeit der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in den einzelnen Ländern und in der westlichen Welt zu dienen haben.

## Wohin tendiert die Wirtschaftspolitik der USA?

Cambridge, Mass., den 3. 12. 52  
**D**ie Frage nach den wahrscheinlichen Veränderungen der amerikanischen Wirtschaftspolitik wird überall in den Staaten lebhaft und mit unterschiedlichen Antworten diskutiert. Jedoch lassen sich bis jetzt nur grobe Umrisse erkennen; so wurde nämlich weder der Wahlkampf innerhalb der Republikanischen Partei, der mit dem Sieg eines international eingestellten Kandidaten über seinen konservativ-isolationistischen Gegenspieler, Senator Taft, endete, noch der Kampf zwischen den Parteien, der den unerwartet eindeutigen Sieg des Republikaners Eisenhower brachte, mit Argumenten über die Wirtschaftspolitik bestritten. Die Wahlreden des künftigen Präsidenten und die Auslese seiner Mitarbeiter tragen wesentlich mehr zur Klärung der Situation bei als die Tatsache des republikanischen Wahlsieges. Denn die Unterschiede zwischen den beiden Parteien waren seit jeher geringer als die Differenzen innerhalb der

Parteien. Man sieht mehr Gemeinsames zwischen den progressiven oder liberalen Politikern beider Parteien als mit den konservativen; sodann trennt man die isolationistisch Gesonnenen von den Internationalisten. Der neue Präsident hat die Mehrzahl seiner Mitarbeiter aus dem Kreise der konservativen Internationalisten gewählt, die sich der Tatsache bewußt sind, daß „die Uhr nicht zurückgestellt werden kann“. Die Spannungen in der Weltpolitik sind für die neuen Männer genau so ein Datum wie das landwirtschaftliche Preisstützungssystem, die Sozialversicherung und die Auslandshilfen; nur unter Berücksichtigung dieser Ausgangslage können Veränderungen diskutiert werden. Erfolgreiche Geschäftsleute, Bankdirektoren und Anwälte sollen die Universitätsnationalökonomien und Planer, die einmal den „New Deal“ geschaffen haben, ablösen. Dagegen behaupten viele Demokraten, diese „Planer“ seien seit langem durch „mittelmäßige“ Rou-

tinepolitiker ersetzt gewesen. Wie stark der Einfluß der zweiten übertragenden Persönlichkeit der Republikaner, Senator Taft, sein wird und wie dieser Einfluß sich auswirken wird, das wird sich erst allmählich nach dem 20. Januar zeigen.

Die Wirtschaftspolitik spielte im Wahlkampf nur eine untergeordnete Rolle im Rahmen des Gesamtprogrammes „Bewahrung der Freiheit in der Heimat und Verstärkung der Freiheit im Ausland“. Diese Freiheitsliebe kommt in den folgenden acht wichtigsten wirtschaftspolitischen Forderungen zum Ausdruck. Vorweg sei bemerkt: Der Grundsatz einer auf privater Unternehmerinitiative aufgebauten Marktwirtschaft bei Förderung der Wehrbereitschaft wurde ohne Diskussion allgemein anerkannt.

1. Die Machtstellung der Bundesregierung soll eingeschränkt werden. Man erhofft nicht nur die baldige Beseitigung der Preis- und Lohnkontrollen, des bisher wehrwirtschaftlich notwendigen Prioritätssystems, sondern auch zugleich